



Sitzungsniederschrift

Gremium	Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe
Datum	Donnerstag, 12.09.2024
Beginn	17:30 Uhr
Ende	18:35 Uhr
Ort	Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal 59302 Oelde

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmende

Frau Nadine Diekmann

Frau Regina Dünninghaus-Opitz

Frau Andrea Geiger

Frau Anne Grieskamp

Herr Friedhelm Hoberg

Frau Birgit Klashinrichs

ab TOP 2

Herr Ludger Lücke

Frau Elisabeth Meinders-Koeper

Herr Hans-Georg Meuwesen

Herr Thorsten Retzlaff

Herr Frank Rumpold

Frau Maria Pia Scuderi

Herr Michael Vennewald

Herr Ludger Wiesch gen. Borchert

Herr Michael Zummersch

Verwaltung

Frau Anja Radner

bis TOP 3

Herr Jakob Schmid

Frau Tanja Woldach

Schriftführerin

Frau Maria Rassenhövel

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Frau Nicole Haferkemper-Selau

Frau Kerstin Horstmann

Herr Bastian Kirsch

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
1.	Einwohnerfragestunde	4
2.	Sachstandsbericht Zuweisungen und Unterbringung von Geflüchteten M 2024/500/5846	4
3.	Sachstandsbericht Integration und Flüchtlingsbetreuung M 2024/500/5847	5
4.	Sachstandsbericht Seniorenarbeit und Ehrenamtsförderung M 2024/500/5848	7
5.	Verschiedenes	7
5.1.	Mitteilungen der Verwaltung	7
5.2.	Anfragen an die Verwaltung	8

Die Ausschussvorsitzende Frau Krause begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe, Frau Kingma von der Tageszeitung „Die Glocke“ sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung.

Frau Krause stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde. Der Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe ist daher beschlussfähig. Die fehlenden Ausschussmitglieder bittet Frau Krause zu entschuldigen.

Im Anschluss daran eröffnet Frau Krause die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

2. Sachstandsbericht Zuweisungen und Unterbringung von Geflüchteten M 2024/500/5846

Herr Schmid erläutert die wesentlichen Eckdaten aus der Vorlage M 2024/500/5846 und fragt in die Runde, ob diesbezüglich Fragen offengeblieben sind.

Folgende Fragen ergeben sich:

Herr Meuwesen möchte wissen, wie viele Bewohner*innen die städtischen Flüchtlingsunterkünfte jährlich verlassen können, weil sie eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt gefunden haben.

Grundsätzlich kann jede Person mit einer Aufenthaltserlaubnis die städtischen Übergangwohnheime verlassen und privaten Wohnraum anmieten. Die Anzahl der anerkannten Personen zum Stichtag vor der jeweiligen Ausschusssitzung seit 2017 kann der Anlage „Bewohner nach Aufenthaltsstatus“ zur Vorlage M 2024/500/8546 entnommen werden.

Herr Retzlaff führt an, dass ein Leerstandskataster für freistehende Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt einen guten Überblick über potenziell verfügbaren Wohnraum auf dem Oelder Stadtgebiet bieten könnte. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob die Verwaltung ein solches Kataster führen würde. Herr Retzlaff sei sich bewusst, dass die Führung eines solchen Katasters mit erheblichem Aufwand verbunden wäre. Er sehe darin jedoch eine wertvolle Unterstützung im Bereich der Wohnraumvermittlung.

Herr Schmid teilt mit, dass kein Leerstandskataster geführt werde. Er informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass nach Ausbruch des Angriffskrieges auf die Ukraine zahlreiche Bürger*innen freistehenden Wohnraum für die Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen angeboten hätten. Er gehe davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt sämtlicher zur Verfügung stehender Wohnraum auf den Markt gebracht wurde, sofern dies überhaupt vom Eigentümer gewollt sei. Jeder, der freistehenden Wohnraum auf den Markt bringen möchte, könne dies tun.

Frau Geiger nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Retzlaff und weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung für die Führung eines Leerstandskatasters auf die Mitteilung der Eigentümer*innen von Leerständen angewiesen sei. Ohne die Informationen über freistehenden Wohnraum könne die Verwaltung kein Kataster führen.

Frau Meinders-Koeper teilt mit, dass derzeit neue Wohnungen im Stadtgebiet gebaut würden und nennt beispielhaft die Objekte „Zum Sundern“, „Eiswiese“ und „Weitkamp“. Sie möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob die Fertigstellung dieser Projekte zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führen könne.

Herr Schmid erläutert, dass jede zusätzliche Wohnung zu mehr Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beitragen würde. Ob das Sozialamt diese Entspannung verspüre, sei jedoch davon abhängig, wer die neuen Wohnungen beziehen würde. Es sei ein Unterschied, ob Kinder beispielsweise erstmalig aus dem Elternhaus ausziehen und eine eigene Wohnung beziehen würden oder ob Flüchtlinge die Gemeinschaftsunterkünfte verlassen könnten, weil sie eine Wohnung gefunden haben.

Herr Rumpold erkundigt sich nach der Beschäftigungsquote der Ukrainer*innen in der Flüchtlingsunterkunft an der „Von-Galen-Straße 4“.

Diese Daten liegen der Stadtverwaltung Oelde leider nicht vor, da die Zuständigkeit hier beim Jobcenter des Kreises Warendorf liegt. Entsprechend müssten die Daten dort angefragt werden.

Beschluss

Der Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe nimmt den Sachstandsbericht über die Zuweisung und Unterbringung von Geflüchteten zur Kenntnis.

3. Sachstandsbericht Integration und Flüchtlingsbetreuung

M 2024/500/5847

Frau Radner berichtet über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Integration und Flüchtlingsbetreuung unter Bezugnahme auf die Vorlage M 2024/500/5847.

Zahlen, Daten und Fakten können der Präsentation von Frau Radner entnommen werden, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Zum Sachbericht ergeben sich folgende Stellungnahmen und Fragen:

Herr Schmid teilt mit, dass die Stadtverwaltung Oelde viele der im Sachbericht genannten Herausforderungen nur bedingt beeinflussen könne. Die Zuweisungszahlen der vergangenen Monate würden verdeutlichen, dass sich die Situation in der sozialpädagogischen Flüchtlingsbetreuung auf hohem Belastungsniveau verstetigt hätte. Dies habe dazu geführt, dass die gewohnten Qualitätsstandards in der sozialpädagogischen Flüchtlingsbetreuung nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet werden könnten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, soll in der Haushaltsplanung für das Jahr 2025 eine zusätzliche Stelle eingebracht werden.

Frau Diekmann bedankt sich für den Vortrag und die sehr gute Arbeit. Sie äußert die Vermutung, dass die steigenden Zuweisungszahlen direkte Auswirkungen auf die Integration

von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt haben könnten. Ihrer Einschätzung nach würden sich die Herausforderungen im Bereich Integration verschieben. Während in den vergangenen Jahren die Kapazitäten für Sprachkurse begrenzt gewesen wären, stehe nun die Herausforderung der erfolgreichen Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Zudem berichtet Frau Diekmann von der schwierigen Situation für Familien und gesundheitlich eingeschränkten Menschen, die aufgrund der hohen Zuweisungszahlen und der hohen Belegungsquote in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften gegebenenfalls nicht bedarfsgerecht untergebracht werden könnten. Sie möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob die Unterbringungssituation gesundheitliche Auswirkungen bei den betroffenen Bewohnern*innen hätte.

Frau Radner berichtet, dass Ärzt*innen diese Annahme in Einzelfällen bereits bestätigt hätten.

Sie beschreibt die aktuelle Situation in den Gemeinschaftsunterkünften als belastend und betont, dass inzwischen kaum noch Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse der Bewohner*innen genommen werden könne. Besonders problematisch sei die Situation bei Familien. Ein Umzug von Familien mit Kindern sei inzwischen nahezu unmöglich geworden. Ein solcher Umzug hätte zudem Auswirkungen auf die Schulbesuche und die Teilnahme an Kitas für die Kinder und beeinträchtige den Zugang zu Sprachkursen.

Herr Wiesch bezieht sich auf die Mitteilung von Frau Radner, dass die verfügbaren Plätze für Sprachkurse auf B2-Niveau derzeit begrenzt seien. Da dieses Sprachniveau jedoch als grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten gelte, erkundigt er sich nach möglichen Wegen, das Angebot an Sprachkursen auf B2-Niveau zu erweitern und so die beruflichen Chancen der Geflüchteten zu fördern.

Herr Schmid teilt mit, dass das Jobcenter originär für die Betreuung der Leistungsempfänger*innen im SGB II und somit auch für die Vermittlung in Sprachkurse für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zuständig sei. Die Anfrage werde er daher an die Kolleg*innen des Jobcenters weiterleiten.

Herr Wiesch schildert seine Beobachtungen, dass zunehmend weniger ehrenamtlich Engagierte im Bereich der Integration von Geflüchteten gebe und möchte wissen, ob diese Beobachtung zutreffend sei.

Frau Radner bestätigt die Annahme von Herrn Wiesch und erläutert, dass die Zahl der Ehrenamtlichen seit Beginn der Corona-Pandemie spürbar zurückgegangen sei. In der sozialpädagogischen Flüchtlingsbetreuung sei man über jede Form der ehrenamtlichen Unterstützung dankbar. Jedoch profitierten in der Regel überwiegend Personen davon, die bereits längere Zeit in Deutschland leben. Neu angekommene Geflüchtete würden erfahrungsgemäß hingegen nur selten von der Unterstützung Ehrenamtlicher profitieren.

Herr Wiesch erkundigt sich, ob der Verwaltung Konflikte zwischen Anwohner*innen der Flüchtlingsunterkünfte und den Geflüchteten bekannt seien.

Frau Radner erklärt, dass die Verwaltung derzeit keine akuten Konflikte zwischen Nachbarn und Geflüchteten bekannt seien. Vielmehr gebe es vorwiegend interne Konflikte zwischen den Bewohner*innen der Unterkünfte. Gelegentlich kämen Beschwerden über unachtsam weggeworfenem Müll und Lärmbelästigungen vor, die aber bisher keine schwerwiegenden Auseinandersetzungen zur Folge gehabt hätten.

Frau Geiger berichtet aus der Sitzung des Schulausschusses beim Kreis Warendorf und teilt mit, dass das Kommunale Integrationsmanagement des Kreises Warendorf die sogenannte „Integreat“-App in der Sitzung vorgestellt habe. Diese App bündele sämtliche Informationen rund um das Thema „Ankommen und Leben im Kreis Warendorf“. Sie diene als Orientierung und Unterstützung für Menschen mit Einwanderungsgeschichte, für Fachkräfte und ehrenamtlich Engagierte. Die App enthalte beispielsweise Informationen über das deutsche Schulsystem, das Ehrenamt, über Integrationskurse und den ÖPNV bis hin zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und alle wichtigen Kontaktdaten von Behörden und Beratungsstellen auf elf unterschiedlichen Sprachen. Frau Geiger wünscht sich eine Vorstellung der „Integreat“-App in einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe.

Beschluss

Der Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe nimmt den Sachstandsbericht über die Integration und Flüchtlingsbetreuung zur Kenntnis.

4. Sachstandsbericht Seniorenarbeit und Ehrenamtsförderung M 2024/500/5848

Frau Rassenhövel berichtet über den Sachstand im Bereich der Seniorenarbeit und der Ehrenamtsförderung gem. Vorlage M 2024/500/5848 und ergänzt den Bericht wie folgt:

Die Stadt Oelde sei in den Bereichen der Seniorenarbeit und der Ehrenamtsförderung gut aufgestellt. Die Angebote des Senioren Forums seien nach der Corona-Pandemie wieder gut angelaufen und die Resonanz der Senior*innen sei sehr gut. Dennoch sei festzuhalten, dass diese Strukturen nicht selbstverständlich sind und aufrechterhalten werden müssten.

Beschluss

Der Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe nimmt den Sachstandsbericht über die Seniorenarbeit und Ehrenamtsförderung zur Kenntnis.

5. Verschiedenes

5.1. Mitteilungen der Verwaltung

- Besichtigung der Flüchtlingsunterkunft an der „Von-Galen-Straße 4“

Herr Schmid berichtet über eine geplante Besichtigung der Flüchtlingsunterkunft an der „Von-Galen-Straße 4“ im November 2024. Sie sei nicht vergleichbar mit einer offiziellen Ausschusssitzung, biete jedoch Raum für einen persönlichen Austausch. Herr Bräutigam werde diesbezüglich eine Einladung an alle Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe verschicken.

- Weihnachtsbesuche der Senioreneinrichtungen

Herr Schmid teilt mit, dass in der bevorstehenden Weihnachtszeit Besuche der ortsansässigen Senioreneinrichtungen geplant seien. Frau Kammermann werde in diesem

Zusammenhang eine Mail an alle Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe verschicken. Interessierte Ausschussmitglieder seien herzlich eingeladen sich zu beteiligen und eine kleine Arbeitsgruppe zu bilden.

Beschluss

Der Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe nimmt die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Zummersch erkundigt sich im Bereich der Pflege und Betreuung nach aktuellen Sachstände deren Beantwortung nicht in der Sitzung, sondern über dieses Protokoll erfolgt:

- Wie geht es nach dem Anbieterwechsel beim Wibbelt-Carrée weiter?

Seit dem 01.07.2024 hat die AP-Pflegedienste GmbH aus Beckum die zwei ambulant betreuten Wohngemeinschaften mit je zwölf Plätzen und das Büro des Quartiersmanagements im Wibbelt-Carrée angemietet. Einen ersten Austausch zwischen dem neuen Anbieter und dem Fachdienst Soziales, Familien und Senioren hat es bereits am 21.06.2024 gegeben. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, weitere Informationen können auch der Homepage der AP-Pflegedienste entnommen werden.

- Auf dem Overberg-Areal sei die Stationierung eines Pflegeanbieters samt Niederlassung einer neuen Tagespflege vorgesehen. Gibt es hierzu bereits konkretere Informationen?

Nach dem derzeit bekannten Stand der Planungen sind ein Tagespflege-Angebot, Büros des Anbieters sowie Wohnungen geplant.

- Beim Bauprojekt einer Pflegeeinrichtung in Lette seien seit einiger Zeit keine Baufortschritte ersichtlich. Wie und wann geht es dort weiter? Außerdem habe er die Information erhalten, dass dort neben der Pflegeeinrichtung zwei Wohneinheiten geplant seien. Ist dies richtig?

Das Pflege- und Wohnquartier in Lette ist geplant mit zwei ambulant betreuten Wohngruppen mit je zwölf Plätzen, 14 barrierefreien Wohnungen, einer Tagespflege mit 15 Plätzen und einem Begegnungscafé. Außerdem gibt es 13 Wohnungen im Staffelgeschoss. Nach Auskunft des Investors First Retail wurde nach der Insolvenz des ursprünglich vorgesehenen Betreibers nun ein neuer gefunden.

Herr Wiesch möchte sich über den Baufortschritt in Stromberg erkundigen. Dort werde eine Senioreneinrichtung mit dem gleichen Bauträger wie beim Bauprojekt der Senioreneinrichtung in Lette errichtet. Auch in Stromberg seien derzeit keine Baufortschritte ersichtlich. Welche Gründe gebe es dafür?

Die Projekte in Lette und in Stromberg werden nacheinander vom gleichen Investor realisiert. Ob der für Lette gefundene Betreiber auch die Einrichtung in Stromberg betreiben soll, ist derzeit noch nicht bekannt.



gez. Hiltrud Krause
Ausschussvorsitzende



gez. Maria Rassenhövel
Schriftführerin